

Frühjahrgutachten 2022

Energiekrise belastet die Konjunktur zunehmend

In ihrem aktuellen Frühjahrgutachten prognostizieren die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland um 2,7 Prozent im Jahresdurchschnitt 2022 und um 3,1 Prozent im kommenden Jahr. Der Russland-Ukraine-Krieg und die dadurch massiv angestiegenen Energiepreise führen zusätzlich zur Corona-Pandemie und unterbrochenen Lieferketten zu Unsicherheiten in der Weltwirtschaft und zu einem Stopp des konjunkturellen Erholungsprozesses.

1. Weltwirtschaftliche Entwicklung

Die Weltwirtschaft hat durch den Überfall Russlands auf die Ukraine schweren Schaden erlitten. Über verschiedene Wirkungsmechanismen hat der Krieg direkten Einfluss auf die Entwicklung der weltweiten Konjunktur. Die Preise für fossile Brennstoffe und auch für einige Industriemetalle, welche in Russland und der Ukraine abgebaut werden, sind kurzfristig stark gestiegen. Hauptsächlich aufgrund westlicher Sanktionen werden die Rohstoffe aus Russland den Weltmärkten nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung stehen. Die Ukraine ist ein wichtiger Nahrungsmittelhersteller und als Folge des Krieges ging die Ausfuhr von Getreide und Düngemittel zurück. Hinzu kommt, dass Russland und die Ukraine während des Krieges nicht als Absatzmärkte zur Verfügung stehen.

Die Prognose der Wirtschaftsinstitute steht unter der Annahme, dass der russische Krieg nicht über die Grenzen der Ukraine hinaus geführt wird und es zu keiner Ausweitung der militärischen Auseinandersetzungen kommt. Die Prognose der Weltkonjunktur geht im Basisszenario davon aus, dass die Rohstoffexporte Russlands in die Europäische Union nicht gestoppt werden. Unter dieser Annahme sollen die Rohstoffpreise bereits ihren Hochpunkt überschritten haben und in den nächsten Monaten allmählich wieder sinken. Die Corona-Pandemie belastet die Wirtschaft außerhalb Chinas immer weniger, da die Omikron-Variante sich als weniger gefährlich für Geimpfte und Genese herausgestellt hat. Die Bekämpfungsmaßnahmen der Pandemie sind deshalb in den meisten Ländern aufgehoben und eine Normalisierung des Konsumverhaltens dürfte die Konjunktur in den nächsten Monaten stärken.

Durch den Russland-Ukraine-Krieg wurde die Prognose der weltwirtschaftlichen Entwicklung stark gedämpft. Insbesondere die verringerte Kaufkraft der Konsumenten durch steigende Energiepreise dämpft den Konsum und belastet gleichzeitig die Investitionsneigung der Unternehmen. Zusätzlich dazu könnten die Probleme bei den Lieferketten weiterhin zu immer wieder stockender Produktion in der Industrie führen. Die Institute gehen davon aus, dass die Probleme bei internationalen Lieferketten mindestens im ersten Halbjahr 2022 bestehen bleiben. Durch diese Faktoren wird die weltwirtschaftliche Erholung im

Jahr 2022 ins Stocken geraten, allerdings nicht unterbrochen werden. Insbesondere im zweiten Halbjahr wird mit einem Abflauen der Corona-Krise in China und eine Normalisierung der Energie- und Rohstoffpreise gerechnet. Die Weltproduktion soll dieses Jahr um 3,5 Prozent steigen, was eine deutliche Reduktion im Vergleich zum Herbstgutachten (4,2 Prozent) darstellt. Im Jahr 2023 soll die Weltwirtschaft um 3,0 Prozent steigen. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wird die gesamtwirtschaftliche Produktion um 3,3 Prozent steigen, im nächsten Jahr um 2,3 Prozent. Der weltweite Warenhandel soll dieses Jahr um 3,3 Prozent zulegen und im folgenden Jahr um 3,1 Prozent.

In den USA expandierte die Wirtschaft zuletzt kräftig. Die starke Wirtschaftsleistung und der robuste Arbeitsmarkt mit gleichzeitigen hohen Inflationsraten (7,9 Prozent im Februar 2022) führten zu einem Ende der expansiven Geldpolitik der Zentralbank. Die Institute rechnen mit einem Leitzins von 1,75 bis 2,0 Prozent bis Ende des Jahres. Dadurch wird die Expansion der US-Wirtschaft gedämpft und die Zuwächse beim Konsum deutlich verringert werden. Für das laufende Jahr wird ein Zuwachs des BIPs um 3,6 Prozent erwartet. Für das folgende Jahr um 2,1 Prozent. Die Institute erwarten eine Inflationsrate von 7,3 Prozent, welche sich im kommenden Jahr aufgrund sinkender Rohstoffpreise wieder deutlich auf 2,9 Prozent verringern soll. In China erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im letzten Jahr um 8,1 Prozent. Die Krise im wichtigen Immobiliensektor sowie die Einschränkung von Konsum und Produktion durch die Corona-Pandemie bremsen das Wachstum. Das BIP wird dieses Jahr nur noch um 4,8 Prozent wachsen und damit das Ziel der Regierung verfehlen. Im Euroraum wird die Konjunktur nicht weiter von der Corona-Pandemie beeinflusst. Die ursprünglich erwartete kräftige Zunahme der wirtschaftlichen Aktivität wird nun durch den massiven Anstieg der Öl- und Gaspreise abgebremst. Für das Jahr 2022 wird ein Produktionsanstieg von 3,3 Prozent erwartet, welcher sich im Jahr 2023 auf 2,7 Prozent reduzieren wird.

Die Risiken für die weltweite Konjunktur liegen vor allem im weiteren Verlauf des russischen Krieges. Die Institute betonen, dass ein zeitnaher Waffenstillstand mit anschließender Entspannung des Konfliktes die Weltkonjunktur stärken würde. Auch die Inflationsraten, welche schon vor dem Krieg erhöht waren, werden verstärkt zum Risiko. Die Institute sehen eine Erhöhung der Leitzinsen weltweit, damit das Vertrauen in die Zentralbanken erhalten bleibt und diese die Aufgabe der Geldwertstabilität weiter umsetzen können. Ein weiterer Risikofaktor ist die Immobilienkrise in China, welche droht, sich auf die gesamte chinesische Wirtschaft und damit auf die globalen Märkte auszuwirken. Zusätzlich dazu bestehen die geopolitische Spannung zwischen China und den USA fort.

Tabelle 1

Prognosen für ausgewählte Länder und Regionen

Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gg. Vorjahr

	2021	2022	2023
EU-27	+5,3%	+3,3%	+2,7%
Frankreich	+7,0%	+3,3%	+1,8%
Italien	+6,6%	+3,2%	+2,1%
Spanien	+5,1%	+5,4%	+3,5%
Österreich	+4,6%	+3,6%	+2,3%
Polen	+5,6%	+4,4%	+3,7%
Tschechien	+3,3%	+%	+6,1%
Ungarn	-5,1%	+3,5%	+4,2%
Vereinigtes Königreich	+6,8%	+3,7%	+2,0%
Russland	+4,7%	-6,5%	-4,0%
USA	+5,7%	+3,6%	+2,1%
Lateinamerika	+5,9%	+2,2%	+2,5%
Japan	+2,4%	+1,7%	+2,0%
China	+8,1%	+4,8%	+5,6%
Indien	+9,5%	+9,0%	+6,6%
Ostasien (ohne China)	+4,4%	+3,5%	+4,5%

2. Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Die Prognose für Deutschland steht unter folgenden Annahmen:

- Rohölpreis je Barrel (Brent): 106,8 USD in 2022, 92,8 USD in 2023
- Welthandel: +3,3 Prozent in 2022, +3,1 Prozent in 2023
- Wechselkurs: 1,10 USD je Euro in 2022 und 2023
- Hauptrefinanzierungssatz der EZB: 0,25 Prozent in 2022, 1,00 Prozent in 2023

Der durch den Wegfall von fast allen Corona-Einschränkungen erhoffte Erholungsprozess ist aufgrund des Krieges in der Ukraine ausgeblieben. Die abflauende Pandemie führt im Moment dazu, dass der private Konsum, welcher während der Lockdownphasen nicht befriedigt werden konnte, wieder steigt. Während sich die Nachfrage in Form von Auftragseingängen, schon längst wieder von der Corona-Krise erholte, hatte die deutsche Industrie bis zuletzt mit gestörten Lieferketten zu kämpfen, welche die Produktion massiv einschränken. Als Folge des Krieges in der Ukraine steht die deutsche Wirtschaft nun vor neuen Herausforderungen, welche in Form von negativen Schocks die Wirtschaft sowohl von der Angebots- als auch von der Nachfrageseite über verschiedene Kanäle beeinflussen. Die Institute erwarten einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 2,7 Prozent für dieses Jahr und 3,1 Prozent für das kommende. In ihrem Herbstgutachten 2021 hatten sie noch ein Wachstum von 4,8 Prozent für 2022 erwartet.

Als wichtiger Faktor für die Erholung des privaten Konsums gelten die Verbraucherpreise. Diese werden im laufenden Jahr mit einer Rate von 6,1 Prozent kräftig anziehen. Auch im Jahr 2023 werden diese mit 2,8 Prozent deutlich über dem Durchschnitt der letzten 30 Jahre liegen. In der hohen Rate schlagen sich die breit angelegten Energiepreisschübe nieder, die sich zuletzt in Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine noch einmal akzentuiert haben. Hinzukommt eine Teuerung bei Nahrungsmitteln sowie die Weitergabe der steigenden Kosten vieler Vorprodukte an die Verbraucher. Dadurch entsteht ein breiter Preisdruck, der auch in der zweiten Jahreshälfte 2022 wirken wird.

Der Krieg und die stark gestiegenen Preise treffen vor allem das verarbeitende Gewerbe in Deutschland. Bis zum Februar 2022 stieg die Industrieproduktion fünf Monate in Folge. Im März deutet sich ein deutlicher Rückschritt an, da die Produktion vor allem in vielen Automobilwerken aufgrund von fehlenden Kabelbäumen aus der Ukraine, ausgesetzt werden mussten. Zudem dürfte der erneute radikale Lockdown in Teilen Chinas zu weiteren Versorgungsengpässen von Vorprodukten führen.

Der Außenhandel hatte sich zum Ende des Jahres 2021 erholt. Besonders die aufgestauten Lieferungen sorgten für eine Erhöhung der Ex- und Importe. Die Warenhandel hat im Jahr 2021 das Vorkrisenniveau von 2019 bereits wieder überschritten. Die Exporte in Deutschland dürften im ersten Quartal 2022 um 0,6 Prozent zurückgehen, dank wieder vermehrter Dienstleistungsexporte im zweiten Quartal dann wieder um 0,5 Prozent steigen. Insgesamt dürften die Exporte im Jahr 2022 um 4,9 Prozent und 2023 um 4,6 Prozent zunehmen. Die

Importe sollen um 5,5 Prozent bzw. 5,2 Prozent expandieren. Der Leistungsbilanzsaldo wird damit 2022 um 5,6 Prozent sinken.

Die Ausrüstungsinvestitionen gingen im zweiten Halbjahr 2021 aufgrund von Lieferengpässen deutlich zurück. Auch im laufenden Jahr dürften kriegsbedingte Lieferengpässe sowie Unsicherheiten zu einer Reduktion der Investitionstätigkeit im ersten Halbjahr führen. Ab der zweiten Jahreshälfte ist angesichts der guten Auftragslage und einer wieder anziehenden Konjunktur von einer Expansion der Ausrüstungsinvestitionen auszugehen. Im Jahresdurchschnitt liegt die prognostizierte Wachstumsrate der Ausrüstungsinvestitionen bei +1,0 Prozent. Im kommenden Jahr dürfte die Zuwachsrate mit 13,4 Prozent dann nach Ansicht der Institute sehr kräftig ausfallen.

Die Baukonjunktur war im zweiten Halbjahr 2021 von Materialengpässen und steigenden Preisen geprägt. Die Bauinvestitionen brachen im dritten Quartal ein, bzw. stagnierten zum Jahresende. In diesem Jahr wird mit einem Anstieg der gesamten Bauinvestitionen um 1,5 Prozent gerechnet, im kommenden Jahr mit 2,0 Prozent. Im Jahr 2021 betrug der Preisanstieg für Bauinvestitionen insgesamt über 8 Prozent. Auch für dieses Jahr werden mit über 10 Prozent sehr hohe Preisanstiege erwartet. Aufgrund niedrigerer Rohstoffpreise im Jahr 2023 wird der Preisanstieg im nächsten Jahr auf 3,6 Prozent prognostiziert, dies liegt dennoch über dem langjährigen Durchschnitt.

Gegen Ende des Jahres 2021 bremste das wieder zunehmende Infektionsgeschehen die Erholung des privaten Konsums aus. Für den Prognosezeitraum dürfte nicht nur der Fortgang der Pandemie, sondern auch die hohe Inflation eine wichtige Rolle spielen. Nach einem Rückgang im ersten Quartal im Jahr 2022 dürften sich die privaten Konsumausgaben vor allem im Sommerhalbjahr kräftig erholen. Für das laufende Jahr rechnen die Institute mit einer Zunahme um 4,7 Prozent. Im Jahr 2023 dürfte der Konsum um 3,4 Prozent steigen.

Die Erwerbstätigkeit hat sich im vergangenen Jahr nach dem pandemiebedingten Einbruch spürbar erholt. Die Zahl der Erwerbstätigen legte zwischen Juli und Dezember 2021 saisonbereinigt um rund 60 000 Personen pro Monat zu. Die Erwerbstätigkeit dürfte ihre Erholung von der Corona-Krise trotz des Krieges in der Ukraine fortsetzen, wenngleich das Tempo aufgrund des Krieges, der Anhebung des Mindestlohns und des sinkenden Arbeitskräfteangebots deutlich nachlassen dürfte.

Die Arbeitslosigkeit sank bis zuletzt weiter und erreichte bereits wieder ihr Vorkrisenniveau. Im März 2022 waren saisonbereinigt 2,3 Millionen Erwerbspersonen als arbeitslos registriert. Mit 2,3 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt wird die Arbeitslosenquote 2022 und 2023 auf 5,0 Prozent prognostiziert.

3. Wirtschaftspolitische Empfehlung

Die Institute betonen, dass sich die Wirtschaftspolitik weiterhin im Krisenmodus befindet. Zwar wurden mittlerweile fast alle Einschränkungen durch die Corona-Pandemie zurückgefahren, allerdings entstehen durch den Krieg in der Ukraine neue Herausforderungen und es ist weiter mit Versorgungsengpässen in der Zukunft zu rechnen. Die Institute gehen davon aus, dass als Folge des Krieges bis Ende 2023 gut 740 000 Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland verbleiben. Die Herausforderungen am Arbeitsmarkt sollen durch beschleunigte Integrationsmaßnahmen bewältigt werden, die vor allem auf kommunaler Ebene durchgeführt werden.

Die Institute rechnen mit zwei verschiedenen Szenarien, je nachdem wie der Krieg im Laufe des Jahres sich entwickelt. Im Basisszenario wird die konjunkturelle Entwicklung nur gedämpft. Die hohen Preise von Rohöl (+51 Prozent) und Erdgas (+109 Prozent) sollen laut Institute als Signal wirken und Unternehmen und Haushalte dazu bewegen, energieintensive Produkte weniger für den Konsum und die Produktion zu verwenden. Unternehmen, welche durch die Preiserhöhungen in eine existenzbedrohende Lage kommen, sollen schnelle Hilfen bekommen und durch verlängerte Kurzarbeit zusätzliche unterstützt werden.

Im Alternativszenario wird von einem Stopp von russischen Energielieferungen ausgegangen. Die Wirtschaftspolitik müsste in diesem Fall mit höchster Priorität den Bezug von Energie aus anderen Ländern vorantreiben. Grundsätzlich scheint der vollständige Ersatz von russischem Öl und Kohle Lieferungen angesichts der globalen verfügbaren Mengen und der hohen Zahlungsbereitschaft möglich. Bei Erdgas wäre keine kurzfristige Lösung möglich und laut EU-Kommission könnten bis Ende 2022 nur zwei Drittel der Gasimporte aus Russland ersetzt werden. Der Fokus der Empfehlungen liegt auch hier auf der Unterstützung der Unternehmenssektoren, welche durch die massiv gestiegenen Energiepreise in Not geraten sind.

Eckdaten der Prognose für Deutschland

Veränderung ggü. Vorjahr in Prozent

	2021	2022	2023	2022		2023	
				1. HJ	2. HJ	1. HJ	2. HJ
preisbereinigt							
Bruttoinlandsprodukt	+2,9	+2,7	+3,1	+3,0	+2,3	+4,0	+2,3
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+0,1	+4,7	+3,4	+6,7	+2,9	+5,0	+1,8
Konsumausgaben des Staates	+3,1	+0,6	+1,0	+0,3	+0,8	+0,8	+1,3
Ausrüstungsinvestitionen	+3,4	+1,0	+13,4	-2,8	+4,5	+14,3	+12,6
Bauten	+0,7	+1,5	+2,0	-0,2	+3,1	+2,6	+1,4
Sonstige Anlageinvestitionen	+0,7	+4,3	+4,0	+4,2	+4,4	+4,3	+3,7
Exporte	+9,9	+4,9	+4,6	+5,1	+4,7	+5,9	+3,4
Importe	+9,3	+5,5	+5,2	+5,5	+5,4	+6,9	+3,7
Exportüberschuss, nominal in Mrd. €	177,0	177,5	176,8	101,2	76,5	99,9	76,9
Verbraucherpreise	+3,2	+6,1	+2,8	-	-	-	-
Produktivität je Stunde	-0,2	+2,1	+0,9	+3,2	+1,0	+1,0	+0,8
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	+1,9	+1,2	+0,8	+2,5	-0,1	+1,4	+0,1
Unternehmens- u. Vermögenseinkommen	-9,3	+11,3	+4,0	+14,2	+8,7	+6,5	+1,5
Arbeitnehmerentgelt	-0,2	+3,5	+4,4	+2,2	+4,6	+5,6	+3,3
Bruttolöhne und -gehälter	+3,8	+5,4	+5,2	+6,9	+4,1	+4,8	+5,6
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	+3,5	+4,0	+4,5	+5,2	+2,9	+4,0	+4,9
Sparquote (in Prozent des Einkommens)	15,0	10,3	9,7	12,2	8,5	10,5	9,0
Erwerbstätige im Inland, in Tsd.	44.920	45.454	45.733				
Arbeitslose, in Tsd. (nationale Definition)	2.613	2.293	2.293				
Arbeitslosenquote aller inländischen Erwerbspersonen in Prozent	5,7	5,0	5,0				

Ansprechpartner

Volker Leinweber

Leiter Volkswirtschaft

Telefon 089-551 78-133

Telefax 089-551 78-91-133

volker.leinweber@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de